

## Register Spandau: Auswertung der Chronik 2017

### Aufgaben der Registerstellen

"Register dokumentieren rassistische, antisemitische, lgbtiq-feindliche\*<sup>1</sup>, extrem rechte, rechtspopulistische und andere diskriminierend motivierte Vorfälle, die sich in den Berliner Stadtbezirken ereignen. Diese Vorfälle werden von Bürger\*innen bei verschiedenen Anlaufstellen [...] gemeldet und an die bezirklichen Koordinierungsstellen der Register weitergeleitet. Dort werden sie gesammelt, ausgewertet und veröffentlicht. Die Koordinierung für alle Berliner Register ist bei ReachOut, der Berliner Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, angesiedelt." (s. Auswertung der Berliner Register 2017, S. 1).

Grundsätzlich können Registerstellen nur die gemeldeten bzw. selbst beobachteten oder recherchierten Vorfälle dokumentieren. Es ist anzunehmen, dass gerade im Bereich Sprühereien/Aufkleber eine große Anzahl der Vorfälle nicht beobachtet, nicht als rechts erkannt oder einfach nicht gemeldet wird.

Register-Vorfälle werden nach verschiedenen Parametern statistisch erfasst und qualitativ wie quantitativ (Tendenzen) ausgewertet. Ein berlinweiter Vergleich kann Annahmen über Tendenzen (qualitativ wie quantitativ) bestätigen.

### Gesamtzahl der Vorfälle in Spandau

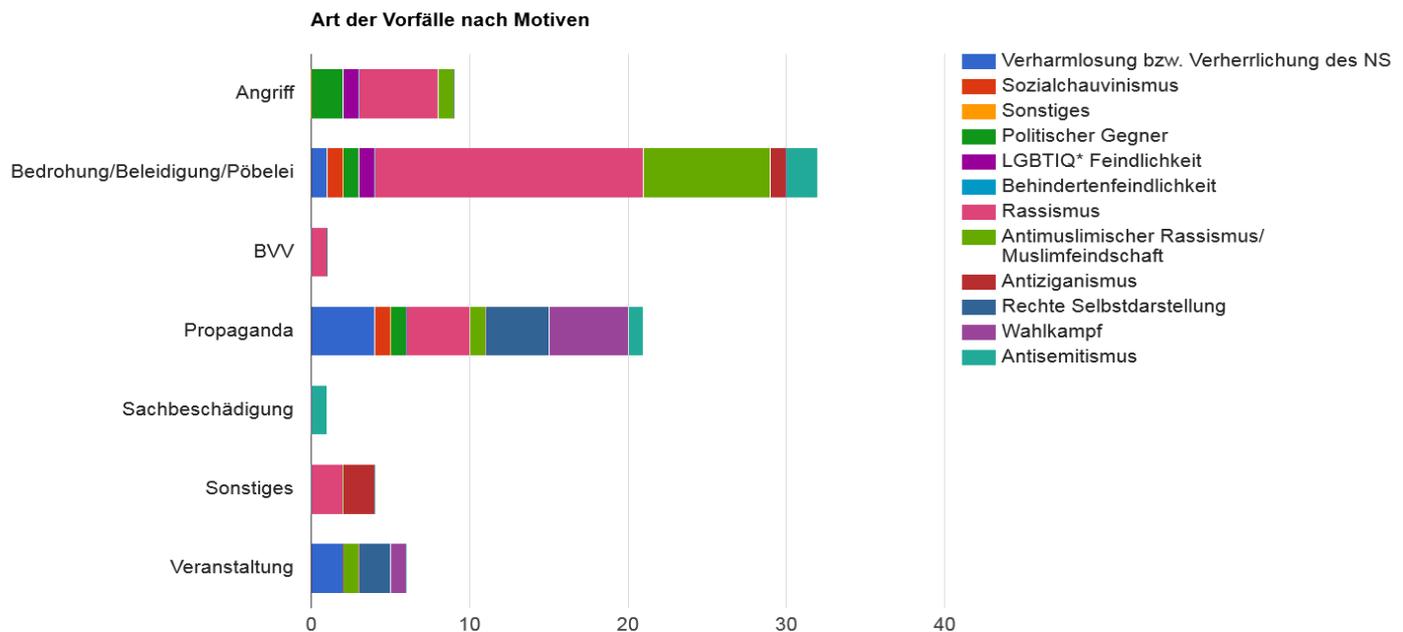
Die **Anzahl** gemeldeter **Vorfälle für das Jahr 2017 in Spandau** beträgt 100, davon gehen **74** in die **Bezirksstatistik** ein (69 in die berlinweite Auswertung), die übrigen betrafen andere Registerstellen oder konnten nicht aufgenommen werden), 5 Nachmeldungen aus 2018 werden bereits in der Bezirksstatistik erfasst, drei Nachmeldungen aus 2018 kommen noch hinzu. Im Vergleich zu 2016 ist das ein **Anstieg von 27 Vorfällen**.

<sup>1</sup>Gemeint sind Vorfälle, die sich gegen homosexuelle, transsexuelle und intersexuelle Menschen richten. LBGTIQ steht für Lesbian-Bi-Gay-Trans-Inter-Queer.

## Auswertung der Vorfälle 2017

Grafik 1 stellt die Vorfallszahlen von 2017 dar, sortiert nach Art des Vorfalls und farbige unterlegt nach Motiv.

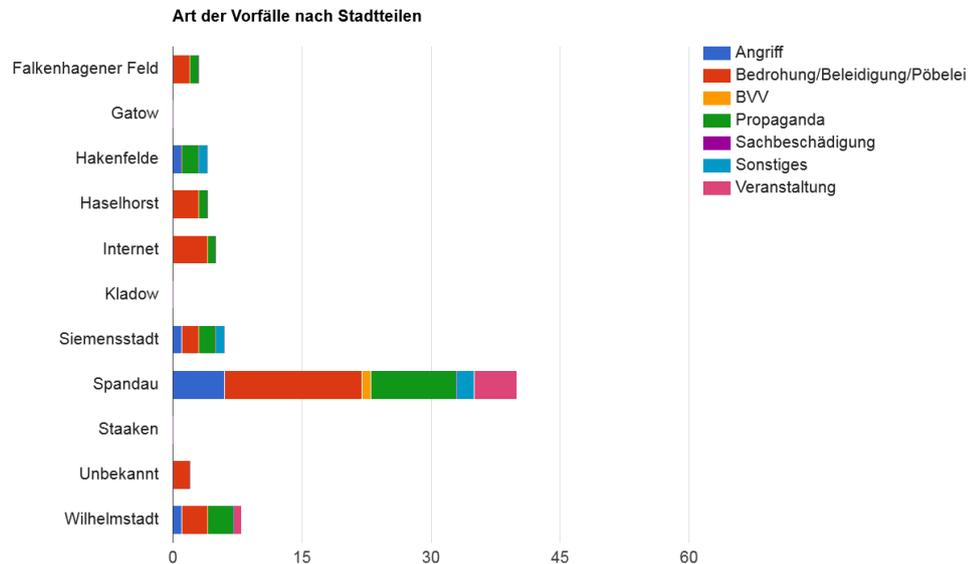
**Grafik 1: Art der Vorfälle nach Motiv in Spandau**



Allgemein lässt sich zu 2017 aussagen, dass **die meisten Vorfälle der Kategorie *Bedrohung/Beleidigung/Pöbelelei* (25) zuzurechnen waren, die im Ortsteil Spandau stattfanden (16) und als Motiv *Rassismus* (17 von 25) oder *antimuslimischen Rassismus* (8 von 25) aufwiesen** (vgl. dazu Grafik 2 auf S. 3). Diese Tendenz ließ sich auch in den Vorjahren dokumentieren und hat sich 2017 fortgesetzt (Grafik 3, S. 6).

In Grafik 2 (S. 3) wird deutlich, in welchen Ortsteilen die dokumentierten Vorfälle stattfanden, farbige unterlegt nach Art des Vorfalls.

## Grafik 2: Art der Vorfälle nach Ortsteil (Bezirk Spandau)



**Im Bezirk Spandau liegt der Schwerpunkt für Alltagsrassismus im Ortsteil Spandau.** Dieser Ortsteil ist als Verkehrsknotenpunkt mit Bahnhof, Marktplatz, Einkaufspassage und Rathausvorplatz als Veranstaltungsort, mit zahlreichen öffentlichen Einrichtungen und Behörden der Ortsteil, in dem die meisten Menschen in Spandau einander begegnen.

### Vorfallsarten nach Häufigkeit

**Beleidigungen und Pöbeleien** werden häufig nicht angezeigt, weil sie, wie Betroffene äußerten, „alltäglich“ sind, was nichts anderes bedeutet, als dass sie jeden Tag im Umfeld von Wohnung und Arbeit bzw. im öffentlichen Raum damit konfrontiert sind. Verbale Attacken sind weniger schwerwiegend als Angriffe.

Tatsächlich stellen Beleidigungen und Pöbeleien aber eine erhebliche Beeinträchtigung der Lebensqualität von Betroffenen dar, wie bei den persönlichen Meldungen oder nachfolgenden Gesprächen deutlich wird. Daher nehmen es Betroffene als wertschätzende Anerkennung wahr,

Gesellschaft für interkulturelles Zusammenleben e. V.

wenn diese Vorfälle von den Registerstellen in den Chroniken veröffentlicht und im politischen Diskurs eingebracht werden. Dies passiert auf der gemeinsamen Website der Berliner Register: [www.berliner-register.de](http://www.berliner-register.de).

Die **zweithäufigste Vorfallsart** 2017 war *Propaganda* (21 Vorfälle). Dazu werden Flyer, Aufkleber, Sprühereien, aber auch Hakenkreuze gerechnet. Propagandavorfälle wurden ebenfalls häufiger im Ortsteil Spandau dokumentiert, was ebenfalls mit der Struktur Spandaus begründet werden kann. Die meisten Vorfälle ereigneten sich im öffentlichen Raum, an Plätzen und Straßen, auf Bahnhöfen oder an Haltestellen bzw. in öffentlichen Verkehrsmitteln.

## Angriffe

Nach Beleidigung/Pöbeleien und Propaganda waren **Angriffe** die am häufigsten gemeldeten Vorfälle in Spandau. Im Jahr 2017 fanden in Spandau **10 Angriffe** statt (**2016:13**), dabei wurde ein Angriff nachgemeldet und geht nicht mehr in die Statistik ein.

Das Dunkelfeld bei den **Angriffszahlen** ist geringer als bei Vorfällen aus anderen Kategorien. Die Gründe dafür sind vielfältig. Durch die teilweise gravierenden Folgen für die Betroffenen sind bei Angriffen oft weitere Institutionen wie Krankenhaus, Beratungsstellen oder Polizei eingebunden, die eine Anzeige unterstützen.

Die Informationen über Angriffe speisen sich im Gegensatz zu Vorfällen aus anderen Kategorien aus verschiedenen Quellen. Dazu gehören Meldungen, die von Spandauer Einrichtungen und Vereinen kommen, Meldungen der Opferberatungsstelle ReachOut sowie Pressemeldungen der Polizei. Durch die enge Kooperation der Berliner Registerstellen mit RIAS, der Recherchestelle für Antisemitismus in Berlin oder Amaro Foro e.V. werden auch antisemitische und antiziganistische Vorfälle in Spandau dokumentiert.

**Die meisten Angriffe 2017 waren rassistisch motiviert (5) bzw. hatten antimuslimischen Rassismus als Hintergrund (1).**

Gegen den politischen Gegner waren 2 Angriffe gerichtet: Ein Angriff geschah beim Entfernen von rassistischen Aufklebern bzw. bei der Gegendemonstration zum Hess-Gedenkmarsch. Ein Angriff wird als LGBTIQ\*-feindlich eingeordnet, also motiviert durch die tatsächliche oder angenommene sexuelle Orientierung oder Identität des Opfers. Der nachgemeldete Angriff richtete sich gegen einen Obdachlosen und wird daher als sozialchauvinistisch bewertet.

Gesellschaft für interkulturelles Zusammenleben e. V.

Die meisten Angriffe (6) fanden im Ortsteil Spandau statt, je ein Angriff in Hakenfelde, Siemensstadt und Wilhelmstadt. Der Anstieg der Vorfälle in der Wilhelmstadt hängt mit dem (verhinderten) Hess-Gedenkmarsch am 19. August zusammen. Im Vorfeld gab es (auch berlinweit) Mobilisierungen durch Plakate oder Aufkleber und mittels der sozialen Medien.

**Der Rückgang der Angriffe** (2017: 9 (10), 2016: 13) (s. Grafik 3: Vorfälle im Jahresvergleich 2014 – 2017. S. 6) **ist auf einen Rückgang an rassistischen Angriffen zurückzuführen, der im Jahr 2017 bundesweit zu beobachten war.** Es ist davon auszugehen, dass Geflüchtete sich dort weniger bewegen, wo sie von Angriffen oder Beleidigungen betroffen **waren (Vermeidungsstrategien)**. Dadurch war die Mobilisierung von Anwohner\*innen durch rechte Gruppen schwieriger.

Auch die Informationspolitik des Bezirks könnte dazu beigetragen haben, dass sich keine Proteste von Anwohner\*innen vor Inbetriebnahme der Einrichtungen für Geflüchtete formierten.

Angriffe auf Geflüchtete, deren Status noch unklar ist, werden von ihnen nicht immer gemeldet, weil entweder kein Kontakt zur Polizei gewünscht wird wegen schlechter Erfahrungen in den Herkunftsländern oder aus Angst vor Nachteilen im Asylverfahren.

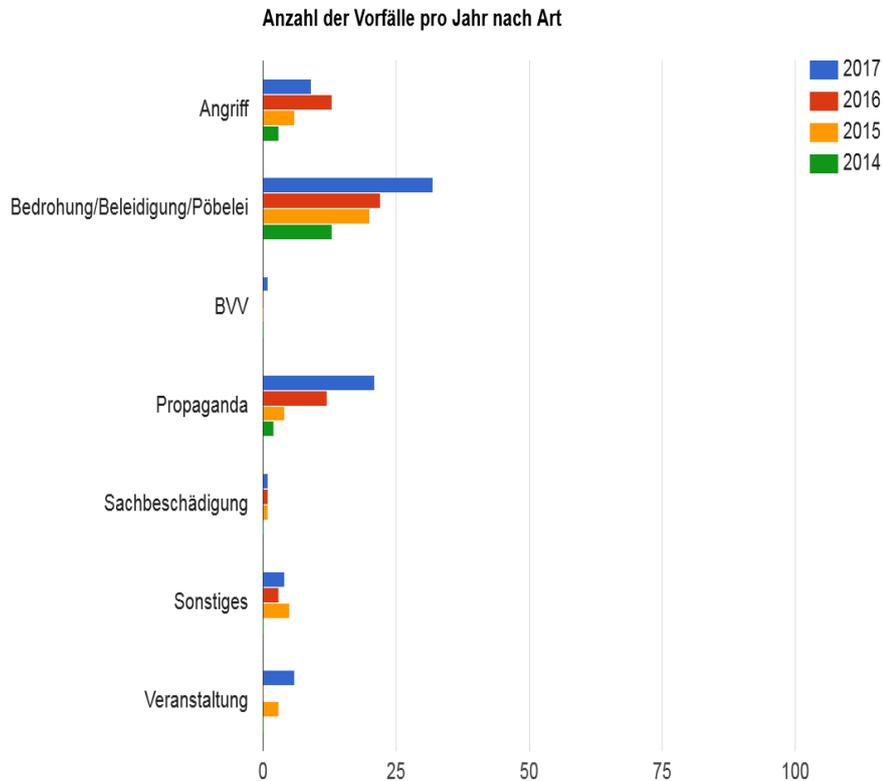
Der Anstieg gemeldeter Vorfälle in der Kategorie *Bedrohung/Beleidigung/Pöbelei* (2017:32, 2016: 22) lässt sich ebenso wie der Anstieg von *Propaganda-* und *Veranstaltungszahlen* (2017: 21, 2016: 12) mit einer Vergrößerung des Netzwerkes (mehr Meldungen im Bezirk und berlinweit durch andere Projekte) und zunehmender Professionalisierung erklären. Der „Hess-Gedenkmarsch“ sowie zahlreiche (Wahlkampf-) Veranstaltungen rechter Parteien im Bezirk, tragen zusätzlich zum Anstieg bei. In Spandau sind ähnliche Tendenzen zu beobachten, wie in anderen Bezirken. Auffällig ist jedoch die niedrige Zahl an dokumentierten Vorfällen.

Um mehr Meldungen zu erreichen, zielt ein Teil der Registerarbeit in Spandau auf die Vergrößerung des Bekanntheitsgrades sowie die Ausweitung des bezirklichen Netzwerkes. Für 2018 liegt der Schwerpunkt der Netzwerkarbeit darauf, Jugendliche als Zielgruppe zu erreichen.

Auch die Vereinfachung der Meldewege und die Gewinnung neuer Anlaufstellen in weiteren Ortsteilen bzw. Zielgruppen sind Ziele für 2018 (z.B. durch die Präsenz der Register in sozialen Netzwerken). Veranstaltungen wie am 21.03. zum „Internationalen Tag gegen Rassismus“ oder dem „Internationalen Tag der Zivilcourage“ tragen dazu bei, die Arbeit der Registerstellen weiteren Bevölkerungsgruppen bekannt zu machen.

Gesellschaft für interkulturelles Zusammenleben e. V.

### Grafik 3: Vorfälle im Jahresvergleich 2015 – 2017



Senatsverwaltung  
für Justiz, Verbraucherschutz  
und Antidiskriminierung



Das Register Spandau wird finanziert durch die Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung bei der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung.